Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 45

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dafür ergibt sich aber ein zuverlässiges Bild darüber, wie verlogen der «Arbeitercharakter» der Partei ist: Noch im August 1917 zeigt sich am 6. Parteitag aus Erhebungen in 25 Städten folgende Sachlage: Die Bolschewiken waren unter den Fabrikarbeitern mit Prozentzahlen von 1 bis 12, im Durchschnitt 5,4 vertreten. Von den 171 Parteitagsdelegierten, welche die vorgelegten Fragebogen ausfüllten, gaben nur 72 ihren Beruf mit Arbeiter oder Soldat an.

Partei und Tatsachen

Die Verarbeitung der Geschichte der Oktoberrevolution verlief unter der Führung der Partei, in Hinsicht auf den Kampf gegen fälschende Konzeptionen der Bourgoisie, ESER und Menschewiken, Trotzkisten und anderer. In diesem Sinne funktionierte die 1920 errichtete Kommission zur Quellensammlung und zum Quellenstudium betreffend Geschichte der Oktoberrevolution und Geschichte der KPR (Bolschewiken).

Woprosi Istorii KPSS (Fragen der Geschichte der KPdSU), September/Oktober-Nummer 1962. I. F. Petrow: Erläuterungen einiger Probleme der Oktoberrevolution in der parteigeschichtlichen Literatur.

Nimmt man selbst die Zahl der 240 000 Bolschewiken zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution als richtig an (nachweisbare andere Zahlenlügen der Partei lassen den Parallelschluss starker Uebertreibung zu), hätten sie doch wenig mehr als 0,2 Prozent der russischen Staatsbürgerschaft ausgemacht.

Wie konnten diese vielleicht zwei Tausendstel der Bevölkerung die totale Staatsmacht erhalten und behalten?

Drei Hauptpunkte sind zu erwähnen:

1. Die Bolschewiken waren die einzige Kraft im damaligen Russland, die ein klares, gut ausgearbeitetes Programm hatten, ferner aktive Leiter mit Organisationstalent.
2. Die Gegner waren desorganisiert, uneinig und ohne deutlichen Begriff der Lage.
3. Die Bolschewiken hatten materielle Mittel, die sie von den Vertretern des feodalmilitaristischen Europas als Kommission bezogen.

Organisation siegt über Menge

Die Bolschewiken kannten als bleibendes Ziel die absolute Machtergreifung; die Mittel änderten sie nach Bedürfnis. Bis zum 16. Juni, der Eröffnung des Allrussischen Sowjetkongresses, agitierten sie mit der Parole: Alle Macht den Sowjets. Als sie aber in den Wahlen vernichtende Niederlagen bezogen (unter den 1000 Delegierten wurden knapp 130 Bolschewiken gewählt), gaben sie die Losung des bewaffneten Aufstandes heraus. Ein Staatsstreich im Juli misslang. Dann sollte am 8. November der zweite Sowjetkongress zusammentreten. So wurde am 7. November die bewaffnete Revolution ausgerufen, und der Rat musste sich dem Diktat der Gewalthaber fügen: Anstelle der abgesetzten Provisorischen Regierung trat der Rat der Volkskommissäre, dem ausschliesslich Bolschewiken angehörten.

Noch war der Druck der Massen gerade noch stark genug, um Lenin zu zwingen, eine Konstituierende Versammlung einzuberufen. Trotz einer Verhaftungswelle unter den Gegnern des Bolschewismus ergaben die Wahlen eine neue bolschewistische Niederlage (Sozialrevolutionäre 21 Millionen Stimmen = 58 Prozent, Bolschewiken 9 Mio/25%, Kadetten 4,6 Mio/13%, Menschewiken 1,7 Mio/4%). Als die vom Volk gewählte Versammlung aber die Annahme des bolschewistischen Programms verweigerte, liess sie Lenin mit Gewalt auseinandertreiben. Damit hatte am 5. Januar 1918 die Diktatur der bewaffneten Minderheit endgültig gesiegt.

Die Unentschlossenen

Die Gelegenheiten, die sich den wirklichen Vertretern des Proletariats boten, die bolschewistische Usurpation beizeiten zu brechen, waren zahlreich. Es fehlte aber die Entschlossenheit, den Störern von Ordnung und Aufbau und den Verhöhnern der Massen mit ihren eigenen Spielregeln zu begegnen. Wo jemand eine Aktion begann, wurde er gleich von allen andern Nichtbolschewiken im Stich gelassen. Eine Frontbildung und eine Aktionseinheit fehlten. Die Befehdung der einzelnen Gruppen feierte gleiche Triumphe wie die Koexistenz mit dem gemeinsamen Feind, der nach der Machtübernahme zur physischen Ausrottung derer schritt, die seiner Machtübernahme nichts entgegengesetzt hatten.

Danke, Majestät!

Zu diesen Punkten muss aber heute noch der Umstand besonders hervorgehoben werden, dass es die Bolschewiken waren, die über die notwendigen Geldmittel zur Durchführung eines Staatsstreiches verfügten.

Lenin organisierte seine Revolution mit dem Geld des deutschen Kaisers, womit er schon zu Anfang ein repräsentatives Beispiel von der wechselnden Taktik zur zielbewussten Strategie des Kommunismus lieferte.

Es ist kein Zufall, dass man in der Parteiliteratur keinen Hinweis auf die Mittel findet, mit deren Hilfe die riesigen Ausgaben für die rasche Organisation der Parteireihen gedeckt wurden, ferner für den grossen Pressedienst und den ungeheuren Propaganda-Aufwand, ferner für die Bewaffnung von 20 000 Rotarmisten und anderer Parteimitglieder. Erst 1958 wurden in London die Dokumente veröffentlicht, die beweisen, dass die Bolschewiken von den Deutschen finanziert wurden. (Germany and the Revolution in Russia 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministriy. London, 1958.) Der Zweck der Zahlung war, die Ordnung durch eine revolutionäre Bewegung so zu untergraben, dass ein Separatfriede zwischen Russland und Deutschland abgeschlossen würde. Lenin war ein bezahlter Agent des deutschen Kaisers. Die Höhe der Summe ist nicht bekannt, liegt aber vielleicht bei 50 Millionen Mark. So konnte Lenin aus der Schweiz via Deutschland transportiert werden. So erklärt es sich auch, warum er so stark an einem Separatfrieden mit Deutschland hing, obwohl nicht nur die Mehrzahl der Revolutionäre, sondern auch die Mehrzahl der Bolschewiken dagegen war. Das Geld hat sich bezahlt gemacht. Und die Zinsen wurden seither von den Bolschewiken und der nachfolgenden KPdSU bei jeder sich bietenden Gelegenheit im gleichen Sinn und Geist angelegt.

Erschwerte Brüderschaft – gerettete «Partnerschaft»

Statt die brüderliche Umarmung Chruschtschews zu fühlen, hat Fidel Castro gegenwärtig ernsthafte Besprechungen mit dessen Abgeordneten Mikoyan. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba haben wohl an Herzlichkeit verloren, aber man täusche sich darüber nicht: die Abkühlung der Freundschaft kommt bis zu einem gewissen Grade beiden «sozialistischen Partnern» zugute.

Chruschtschew hatte offiziell zugesagt, seine Raketenstützpunkte auf Kuba unter Kontrolle der Uno zu demontieren. Castro aber hat die Uno-Kontrolle nicht zugelassen. Die Unterredungen zwischen ihm und Mikoyan in Havanna gehen jetzt offensichtlich darum, eine Möglichkeit zu einer Kontrolle zu finden, ohne dass einer der beiden kommunistischen Staaten sein Gesicht verliere. Hat also doch Castro ganz einfach gegen seinen Meister aufbegehrt und ihn und sich damit in eine Klemme gebracht?

Vielleicht auch. Aber bestimmt ist Chruschtschew durch Castros Weigerung so stark geholfen worden, dass er sie nahezu hätte befehlen müssen, wäre sie nicht eingetroffen.

Chruschtschew hatte mit seiner von Moskau aus abgegebenen Zusicherung auf Rücktransport der offensiven Waffen unter Beaufsichtigung der Vereinten Nationen erstmals das getan, was die sowjetische Diplomatie bisher immer sorgsam vermieden hatte: Er hatte die Souveränität Kubas in der Eile, auf den Friedenskurs einzuschwenken, völlig vergessen und die Insel zum Satelliten deklariert. Es ist beispielsweise völlig undenkbar, dass die Vereinigten Staaten etwa ihre Basen in der Türkei aufheben könnten, selbst wenn sie es wollten. Die Türkei hätte als gleichwertiger Partnerstaat selbstverständlich zuerst einzuwilligen. Wäre der sowjetischen Ankündigung sogleich die Tat gefolgt, so wäre das Satellitenverhältnis Kubas so gut wie offiziell bestätigt worden.

Eine nachträgliche Einwilligung Havannas hätte den Eindruck nicht mehr verwischen können. Castros «störrisches Bocken» war tatsächlich der einzige Weg, vor der Welt die immer behauptete Eigenständigkeit der kommunistischen Staaten zu beweisen. Chruschtschew muss Castro also dankbar sein.

Möglicherweise noch aus einem andern Grund. Die Zulassung der Uno-Kontrolle wäre eine Anerkennung der Zuständigkeit der Uno-Kontrollorgane in Angelegenheiten gewesen, welche der Kommunismus in seinem Bereich stets als «innere» bezeichnet hat. An der Schaffung eines solchen Präzedenzfalles hat die Sowjetunion nun keinerlei Interesse. Der Präzedenzfall einer Aufsicht durch das Rote Kreuz wäre insofern geringer, als es sich nicht um eine politische, sondern eine humanitäre Institution handelt, deren Zuständigkeit in andern Fällen negiert werden kann.

Das heisst nun auch wieder nicht, dass man von einem sowjetisch-kubanischen Sieg in der Affäre sprechen könnte. Dazu ist der Prestigeverlust der UdSSR mit ihrem Zurückweichen doch zu deutlich. Dass

Peking jetzt von einem «München Chruschtschews» spricht, ist aufschlussreich genug.

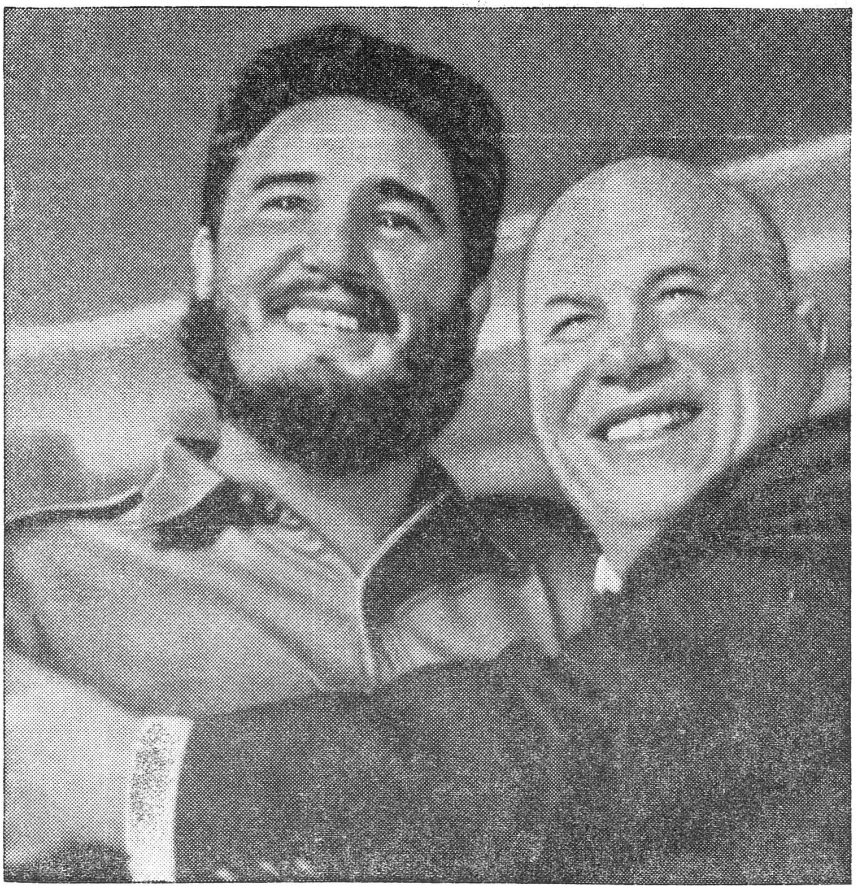
Aber immerhin hat sich Chruschtschew nach der Zwangslage, in der er sich infolge der amerikanischen Entschlossenheit sah, soweit wieder aufgefangen, dass er einerseits nach bewährtem Rezept die Verhandlungen einfrieren lassen kann und anderseits für eine gewaltige Friedensoffensive frei ist. «Chruschtschew rettet den Frieden trotz der amerikanischen imperialistischen Politik, die sich nun verpflichten musste, keine neue Aggression gegen Kuba zu unternehmen.» Das ist jetzt das grosse Motiv der gesamten Ostblockpresse. Die Propaganda zielt (da ein Vergleich der Stärke im Augenblick weniger opportun erscheint) auf einen Vergleich der sowjetischen Friedensliebe mit der amerikanischen Kriegs- und Invasionshetze. Das Thema lässt sich bei andauernder amerikanischer Blockade (infolge der mangelnden Kontrolle) sicherlich ausschlachten. Wir erinnern daran, dass wir in der Schweiz Kundgebungen antiamerikanischen Hasses hatten, durch welche die PdA offenbar recht viele Mitschreier anzulocken vermochte.

Die zweite Runde im Kuba-Konflikt wird von seiten des Westens vielleicht weniger Mut, aber um so mehr Nerven und Beharrlichkeit brauchen.

Wie Castro wurde

Fidel Castro wurde am 13. August 1926 in der Provinz Oriente geboren. Schulung in Jesuitenkollegien von Santiago und Dolores, dann in der Hochschule von Belen. 1945 Aufnahme des Rechtsstudiums in Havanna, Mitglied der Internationalen Revolutionären Union. 1947 Teilnahme an einem misslungenen Komplott gegen den dominikanischen Diktator Trujillo. Installiert sich 1950 als Rechtsanwalt. Seine Kandidatur zu den Wahlen von 1952 kommt nicht zustande, da Batista die Macht übernimmt. Am 26. Juli unternimmt er mit seinem Bruder Raoul und jungen Leuten einen Handstreich gegen Santiago, aber der Versuch seiner Gruppe, die Kaserne zu erstürmen, missrät. Verhaftungen und Hinrichtungen folgen. Er wird von einem Gericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, nachdem er sich brillant und stolz verteidigt hat. Eine Amnestie vom Mai 1955 ermöglicht ihm einen triumphalen Einzug in Havanna. Im Juli Emigration nach Mexiko, wo Castro seinen späteren Mitkämpfer «Che» Guevara kennenlernt.

Am 2. Dezember 1956 landet Fidel Castro unter dem Geschützfeuer der Batterien Batistas in Kuba. Mit ihm befinden sich Raoul Castro und Che Guevara. Das ist der Beginn seiner Revolutionsbewegung, die mit Guerillakämpfen im Osten der Insel beginnt und sich rasch ausbreitet. Im ganzen Land regen sich nun die oppositionellen Gruppen, mit Ausnahme der Kommunisten, die nicht an diese «bäuerlich-intellektuelle Revolution» glauben. Im Juli 1958 schliessen sich die Gruppen zu einer revolutionären Front unter Castro. Im August erfolgt die Grossoffensive und im Januar der Sieg. Dann beginnt Castros Verrat an der Revolution (siehe letzte Nummer).



Curriculum der Woche

ERNESTO «CHE» GUEVARA

Chef der kubanischen Nationalbank, der höchsten Institution des kubanischen Finanzwesens. Hauptberater Castros, übt Einfluss auf Aussenpolitik, Industrie, Landwirtschaft, Armee und Propaganda. Kommunist.

Geboren in Argentinien am 6. Juni 1928. Beginnt 1947 «mit reichen Erfahrungen als Revolutionär» (laut seinem Vater) sein Medizinstudium. Besucht verschiedene Staaten Lateinamerikas. 1954 in Guatemala. Dient als Feldarzt in den kommunistischen Streitkräften des Diktators Arbenz und exiliert nach seinem Sturz nach Mexiko. Hier trifft er Fidel Castro, mit dem er nach Kuba fährt. Er nimmt an den revolutionären Kämpfen teil, zunächst nur in seiner Eigenschaft als Arzt, dann vermehrt auch als Soldat. Seine militärischen Qualitäten bringen ihm schliesslich das Kommando über Castros grössten seiner fünf Truppenverbände ein.

Nach der Revolution wird Guevara zunächst Kommandant der Festung «La Cabana» in Havanna, wo ihm die ausserordentlichen Gerichte unterstehen, die bis April 1959 rund 600 Todesurteile fällen. Dann ausgedehnte Wirtschaftsreise nach der VAR, Indien, Burma, Ceylon, Pakistan, Indonesien, Sudan, Marokko und Jugoslawien, verbunden mit Propaganda gegen die USA. Rückkehr im September 1959 und Ernennung zum Direktor für Industrialisierung des Instituts für Landwirtschaftsreform. Seine Ernennung zu seinem jetzigen Posten als Direktor der Nationalbank erfolgt im November des gleichen Jahres und überrascht in Kuba. Doch zeigt er sich auch hier kompetent. Ist für kommunistische Infiltration in allen Wirtschaftsgebieten besorgt. Chef der Militia und Berater Raoul Castros in der Reorganisation der nationalen Armee. Gilt heute als der «zweite Mann» Kubas.